

# Der Zeitungs-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II  
Erschienen jeden Freitag  
Telegraphische Adressen: Zeitungsarbeiter Berlin

**Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27  
Magazinstr. 6/7 II (Vollstreckungsnummer 5388), zu richten — Bezugs-  
preis: nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.  
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgeheftete Seite.

**Inhalt:** Kampfweihnachten! — Unternehmerrmacht und Arbeiterschwäche. — Das Wirtschaftsjahr 1924. — Radikal-sozialistische-kommunistische Agitationsarbeit. — Aus der Textilindustrie. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrat. — Die deutsch-französische Eisenfrage und die Fertigungsindustrie. — Gegen das Internationale Arbeitszeitabkommen. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im November 1924. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Der Jubilar.

## Kampfweihnachten!

Mit eisernem Meißel haben sich an die Geschichte der Menschheit tief und unermesslich die Geschnitte der letzten Jahre eingegraben. Ihre Spuren können nie ausgeblendet werden. Die Menschheit blutet noch aus Tausenden von Wunden und zittert noch unter den Schrecknissen der vergangenen Jahre. Sie verlangt nach Hilfe und Heilung. Der Genesungsprozess geht aber viel zu langsam vor sich. Immer wieder wird er gestört durch jene, die kaltblütig mit dem Rechenstift in der Hand prozentmäßig errechnen, wieviel sie bedürfen, um leben zu können, ohne die Bedürfnisse derjenigen zu berücksichtigen, die die Werte schaffen. Sie bilden dabei über alles Geld der Menschheit hinweg, als ob es nicht existiere. Das Tausende im Glend erstickt, nehmen sie nicht tragend. Sie halten das letzte Erdes für eine natürliche Erscheinung, an der man nichts ändern kann. Die Hilfe- und Schreckensrufe der gequälten Menschheit hören sie nicht. Sie stehen ja viel zu hoch, um diese vernehmen zu können. Roh und brutal tritt der Kapitalismus alles Menschenrecht. Er bildet die Ursache, daß Millionen dem schrecklichsten Glend preisgegeben sind. In der wilden Hast und dem Jagen nach Profit wird alles Lebens- und Menschenrecht zertreten und der Gesundungsprozess eines schwerleidenden Volkes verhindert. Vom Kapitalismus in zwei Lager zerrissen, steht die Menschheit sich im stetigen Kampfe gegenüber. Tagtäglich peitscht der Kapitalismus sie zu neuem Kampf auf, und das Kampfgetöse überdönt wie Sturmgeheul die Weihnachtsglocken, die die Friedens- und Heilbotschaft erneut verkünden.

Kampf ist das Lösungswort! Kampf! so tönt es fort und fort. Im jähem Ringen um das tägliche Brot wird der härteste Kampf ausgefochten. Die Opfer, die in diesem Kampfe fallen, zählen nach Legionen. Den Kampf der Unterdrückten gegen die Bedrücker zu führen, ist aber für alle höchstes, sittliches Gebot. Er wird geführt, um die Menschheit aufwärts zu führen auf jene Kulturhöhe, wo nicht mehr über das Leben von Millionen mit dem Rechenstift entschieden wird, sondern wo die Solidarität die Menschheit zu einem Tun einander verbindet. Wir führen diesen Kampf, um die Menschheit der Menschlichkeit näher zu bringen und glauben, daß dies viel wichtiger ist, als die alte Kunde vom „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ arbeitslos entgegenzunehmen und weiterzutragen. Die Wirklichkeit ist doch ganz anders, als uns die alljährlich wiederkehrende Heilbotschaft verkündet. Sind nicht Tausende und aber Tausende unserer Brüder und Schwestern vorhanden, die nicht wissen, wo sie das Stüdchen Brot, das sie ihren Kindern verpflichten sind zu geben, hernehmen sollen? Tausende und aber Tausende haben kein schützendes Dach über ihrem Haupt und wissen nicht, wohin sie es zur Ruhe legen sollen. Wohin wir unseren Blick auch richten: Überall das gleiche Glend!

Ein Bild sozialen Glends starrt uns entgegen in dem Bericht des Ministerialdirektors Dr. König, der über die Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes in Preußen durch die Leuerung im zweiten Halbjahr 1923 berichtete und für die gegenwärtigen Verhältnisse wohl noch zutreffen dürfte. Nach diesem Bericht wurden 38 033 Schulkinder schulärztlich untersucht. Von diesen waren 32 Proz. befriedigend, 45 Proz. mangelhaft und 23 Proz. sehr schlecht ernährt. Im Durchschnitt war die Hälfte der Schulkinder unterernährt. In den Großstädten und Industriezentren stieg die Ziffer häufig bis zu 80 Proz. In vielen Großstädten und Industriezentren mußten zahlreiche Kinder ohne erstes Frühstück, viele ohne Mittagessen ausbleiben. In Elbing erkrankten von 1600 Schulkindern 171 kein Essen bis Mittag, 177 kein erstes Frühstück, 155 kein warmes Mittagbrot, 199 kein Abendessen. Im Kreise Münsterberg mußten von 1228 Volksschülern 93 das erste Frühstück, 80 von diesen auch das zweite Frühstück entbehren. Von allen Schülern erkrankten 190 kein zweites Frühstück und 88 kein warmes Mittagbrot. In Wittenberg erhielten von 4800 Schülern 380 kein erstes Frühstück, ebenso viele überhaupt kein warmes Essen, 1140 Kinder nur ein warmes Abendessen, aber kein richtiges Mittagessen. In der Industriestadt Barmen waren

80 Proz. der untersuchten Kinder unterernährt. Mehrfache Ziffern liegen aus Köslin, Glogau, dem Kreise Reichenberg, Striegau usw. vor. Als Folgeerscheinung der minderwertigen Ernährung wird von einer Zunahme der englischen Krankheit berichtet. Ueber das Anwachsen der Straflosigkeit und Tuberkulose ist in allen Berichten die Rede. Von besonderem Interesse ist ein Bericht der amerikanischen ärztlichen Studientommission, demzufolge im letzten Vierteljahr 1923 von 1000 Kindern 67 in London, 117 in München, 124 in Berlin und 148 in Mainz an Tuberkulose starben. Daß die Kinder Mangel an Wäsche, Kleidung und Schuhwerk empfinden, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Die Wohnungsnot wirkt sich in der schlimmsten Weise aus. Eltern und Kinder und Logisgänger sind oft in größerer Zahl in einem einzigen Raum zusammengedrängt. Für 3 bis 4 Personen und mehr dient oft nur ein Bett als Vagerstatt. Oft fehlt dies überhaupt. Dieses Zusammenbringen der Personen trägt in der schlimmsten Weise zum moralischen und sittlichen Verkommen der unteren Schichten bei. Bußfänge, geschlechtliche Ausschweifungen aller Art nehmen in der schlimmsten Weise überhand.

Angehts dieser Not, unter der die Menschheit leidet, können wir uns nicht an salbungsvollen Worten der Priester berauschen. Hier helfen nicht leere Schmeicheleien; hier kann nur der unerbittliche und zähe Kampf helfen.

Wir rufen deshalb zum Kampfe auf, zum Kampfe, um der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen. Der Arbeiterkampf erstet kein Retter, der sie aus dem Glend kapitalistischer Knechtschaft herauszuführen vermag. Es bleibt hier nur eins: die Selbsthilfe. Die Worte von Karl Marx, daß die Befreiung der Arbeiterklasse deren ureigenstes Werk selbst sein muß, sind das Evangelium der Unterdrückten, in welcher die schöpferische Selbstmacht liegt, die allein die Unterdrückten emporführen kann auf die Höhen des Lebens. Die Arbeiterklasse muß deshalb diese Worte von Karl Marx in erster Linie beherzigen. Im jähem organisierten Kampfe wird und muß es der Arbeiterklasse gelingen, sich schrittweise aus den Tiefen des Glends, in die die Menschheit im Wirbel der Ereignisse hinabgestoßen worden ist, wieder emporzuarbeiten. Nicht von heute auf morgen ist das möglich; denn um jeden Fußbreit Boden, der gewonnen werden soll, muß gekämpft werden. Nur von Etappe zu Etappe werden wir schreiten können. Die Gewerkschaftsorganisation ist das Sammelbecken der proletarischen Kräfte, von wo aus sie in geschlossener und geeintem Kampfe gegen die geschlossene Macht des Kapitalismus an kämpfen. Die Kraft des einzelnen bedeutet nichts in diesem Ringen. Sie wird erst zur Bedeutung durch den Zusammenschluß mit den gesamten Kräften des Proletariats. Aus diesem Grunde ist ein jeder einzelne verpflichtet, sich seiner Organisation anzuschließen, um den Kampf der Arbeiterklasse mitzukämpfen; wer der Organisation fernsteht, verfehlt ein hohes sittliches Gebot.

Nützen wir die Festtage aus, um die Heilbotschaft der Gewerkschaftsbewegung auch in die entlegenste Stätte der Arbeiterklasse zu tragen, um sie für die Gewerkschaft als Mitkämpfer und Mitstreiter zu gewinnen. Wir leisten dadurch der Menschheit den höchsten Dienst. Dienen sie sich zu unterziehen, ist eine Pflicht aller deren, die von der Erkenntnis getragen sind, daß die Erlösung der Menschheit aus Not und Glend nur durch den Kampf aller Unterdrückten gegen die Bedrücker erfolgen kann.

## Unternehmerrmacht und Arbeiterschwäche.

Aus Crefeld wird uns geschrieben: Selten hat in der Weltgeschichte eine Generation schlimmere Zeiten durchlebt als die gegenwärtige. Der mörderische Krieg mit seinen furchtbaren Folgen lastet erdrückend auf den Völkern der triegführenden Staaten. Mit allen Mitteln verfuht das Kapital, die gesamten Lasten, die aus dem Kriege entstanden sind, auf die Schultern der niedrigen und mittleren Volksschichten abzumwälzen. Ganz besonders tritt dies in Deutschland in Erscheinung. Es soll bei dieser Gelegenheit nicht die Frage aufgeworfen werden, wer das momentane Glend, in welchem die deutsche Arbeiterklasse seit einem Jahrzehnt lebt, zu verantworten hat. Dazu wäre der Raum zu klein, auch spielt die Frage in der heutigen Zeit nicht die Hauptrolle. Bedauerlich ist nur, daß die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands nicht sieht, was vor sich geht. Ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse glaubt für die heutigen Verhältnisse vor allen Dingen die Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratische Partei verantwortlich zu machen. Es wird leider in Arbeiterkreisen noch nicht anerkannt, daß durch diese Auffassung die Macht des Unternehmertums in

Deutschland ganz erheblich gestiegen ist. Wenn jemals der Zusammenschluß der Arbeiterklasse notwendig war, so ist dies in der heutigen Zeit ein Gebot der Stunde. Klare Beurteilung der Tatsachen, Zusammenschluß aller produktiv Tätigen in den gewerkschaftlichen Organisationen, Einigkeit, geschlossener Wille in der Erkenntnis, daß die Besserstellung des Arbeiters in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nur das Werk des Arbeiters selbst sein kann, wird uns bei dem schweren Ringen Erfolge bringen. Provokatorisch geht heute das gesamte Unternehmertum vor. Provokierend ging es im Dezember vorigen Jahres bei der Festsetzung der Geldlöhne und der Verlängerung der Arbeitszeit vor. Für den Ausgang des Januar-Kampfes wird von einem erheblichen Teil der Arbeiterklasse den Gewerkschaften mit ihren „reformistischen“ Führern die Verantwortung zugeschoben. Wir haben an vielen Stellen auf die wahren Tatsachen hingewiesen, so daß jeder Einsichtige die Dinge doch anders bewerten wird. Bedauerlich ist, daß aus den Januarvorgängen von der Arbeiterklasse nicht die notwendige Lehre gewonnen wurde, so daß den Unternehmern zuliebe durch Austritt aus den Gewerkschaften die Schlagkraft der Arbeiterklasse ganz gehaltig abgebaut worden ist.

Nach dem Streik hat sich in den Betrieben vieles zum Ungunsten der Arbeiter verschoben, was nur auf das Konto der Flucht aus den Organisationen zu buchen ist. Es geht weiter abwärts, das ganze Verhalten der Unternehmer und deren Helfershelfer: Schlichtungsausschüsse, Schlichter und Regierungsverstärker sind hinweggeworfen, so daß jeder Einsichtige die Dinge doch anders bewerten wird. Bedauerlich ist, daß aus den Januarvorgängen von der Arbeiterklasse nicht die notwendige Lehre gewonnen wurde, so daß den Unternehmern zuliebe durch Austritt aus den Gewerkschaften die Schlagkraft der Arbeiterklasse ganz gehaltig abgebaut worden ist.

Nach dem Streik hat sich in den Betrieben vieles zum Ungunsten der Arbeiter verschoben, was nur auf das Konto der Flucht aus den Organisationen zu buchen ist. Es geht weiter abwärts, das ganze Verhalten der Unternehmer und deren Helfershelfer: Schlichtungsausschüsse, Schlichter und Regierungsverstärker sind hinweggeworfen, so daß jeder Einsichtige die Dinge doch anders bewerten wird. Bedauerlich ist, daß aus den Januarvorgängen von der Arbeiterklasse nicht die notwendige Lehre gewonnen wurde, so daß den Unternehmern zuliebe durch Austritt aus den Gewerkschaften die Schlagkraft der Arbeiterklasse ganz gehaltig abgebaut worden ist.

Überall sind die Unternehmer dabei, anstatt die Löhne den Verhältnissen anzupassen, Lohnreduzierungen anzufordern. Dies tritt besonders in den Affordbranchen der Crefelder Textilindustrie in der Erscheinung.

Arbeiter, Arbeiterinnen der Textilindustrie, haltet die Augen auf! Der Machtmissbrauch der Unternehmer stützt sich auf die Laubheit der Richterorganisationszugehörigkeit der Arbeiterklasse selbst. Der gewerkschaftliche Einfluss wurde stark zurückgedrängt, weil die Arbeiterklasse in großen Scharen der Organisation den Rücken kehrte. Das gesamte Unternehmertum in Deutschland ist darauf eingestellt, die Reparationslasten, welche wir als Besiegte im Weltkriege zu tragen haben, auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen. Niedriger Lohn, lange Arbeitszeit sind ihre Bestrebungen. Diesen Bestrebungen sich erfolgreich zu widersetzen, ist aussichtslos, wenn nicht der letzte Textilarbeiter sich der Organis-

## Der Jubilar.

Stizze von Alfred Huppert.

Der Arbeiter Julius Werner durfte bei der Firma Riedel u. Co. sein fünfundsiebenzigjähriges Arbeitsjubiläum feiern.

Aus Anlaß dessen fand er am Morgen seinen Arbeitsplatz festlich geschmückt vor.

Eine Fülle duftender Blumen gabem dem Tisch ein festliches Gepräge, auf dem eine Anzahl wertvoller Geschenke lagen, wie Tabakdose, Pfeife, eine Taschenuhr sowie Stoff zu einem Anzug und verschiedene nützliche Kleinigkeiten.

Das alles hatte die Belegschaft, die aus einigen hundert Mann bestand, dem Jubilar aus gesammelten Geldbeträgen aufgebracht und gestiftet.

Der vierundsechzigjährige Jubilar Julius Werner stand jetzt schweigend und ergriffen vor dem Tisch und ließ seine Augen, die vor Glück und Freude strahlten, auf die vielen Geschenke fallen. Eine Träne der Rührung kolkerte in den grauen Bart.

Er schluckte — und würgte nach Worten — Worten, die er der Abordnung als ein Zeichen des Dankes sprechen wollte. Es war ein Stammeln, was er herausbrachte, das in leises Schluchzen überging.

Einige Arbeiter klopfen Werner auf die Schulter und beteuerten, es sei dies alles gern geschehen, er möge diese Aufmerksamkeit hinnehmen als ein Zeichen der Achtung und der Beliebtheit, deren er sich bei der Kollegenschaft erfreue.

Julius Werner reichte den um ihn versammelten Arbeitern die Hand, dankte noch einmal bewegt und versicherte, er wolle der Belegschaft seinen Dank schriftlich durch Aushang bekanntgeben.

Bald stand Werner an seiner Arbeit, die ihm heute nicht so recht schmerzen wollte. Seine Augen fielen zu oft nach den Geschenken hinüber, und er konnte kaum das Ende der Arbeitszeit erwarten, wo er dann, mit Geschenken beladen, freudig in sein einfaches Heim eilen würde.

Nach einer Stunde kam der Meister zu ihm, schüttelte ihm die Hand, sprach seinen Glückwunsch aus und teilte mit, daß sich Julius Werner um 10 Uhr in das Bureau zu seinem Chef, Herrn Riedel, begeben solle.

Werner mußte, was dort zu erwarten war und freute sich schon auf diese Stunde.

Um 10 Uhr stand er nun vor der Tür und klopfte zaghaft an. Auf ein kräftiges „Herein“ betrat er das Zimmer und fand seinen Chef allein anwesend.

„Treten Sie näher, Werner!“ sprach der Fabrikherr, der sich von seinem Sitz erhob und auf den Jubilar zuging.

Er streckte ihm die Hand entgegen und sagte feierlich: „Ich beglückwünsche Sie, lieber Werner, zu Ihrem Jubiläum und danke Ihnen zugleich für Ihre Treue und Anhänglichkeit, die Sie uns erwiesen haben. Ich schätze Sie als einen fleißigen, gewissenhaften Arbeiter und spreche den Wunsch aus, daß Sie uns durch Ihr Verbleiben weiterhin die Treue an unserm Geschäft bewahren. Nehmen Sie dieses nun als einen Dank unsererseits entgegen.“

Der Unternehmer übergab dem Jubilar eine Geldsumme von fünfzig Mark, dann zeigte er mit der Hand nach einem eingerahmten Bilde, einem Diplom für langjährige, treue Dienste.

Da — auch das ist für Sie — sagte er, als Werner seine Augen dem Bilde zugewandt hatte. — „Das ist mehr wert als das Geldgeschenk; auf dieses da, da dürfen Sie stolz sein! Geben Sie diesem Diplom den ihm gebührenden Platz in Ihrem Zimmer.“

Julius Werner war an das Diplom herangetreten und las mit feierlichem Ernst die Inschrift des Blattes.

„Ja, das Diplom kommt gleich über das Sofa und das Bild von meiner längst verstorbenen Schwiegermutter wird auf den Boden getragen“, murmelte er vor sich hin.

Dann trat er vor seinen Chef und sprach ihm seinen Dank aus. Herr Riedel nahm wieder an seinem Schreibtisch Platz und sagte:

„Ja, lieber Werner, fünfundsiebenzig Jahre sind doch eine schöne, lange Zeit, was von den Arbeitern eine solche Zeit in einem Betriebe absolvieren kann. — von dem müßte man doch meinen, daß er sich während dieser Spanne Zeit wohl gefühlt hat; denn sonst hält man wohl nicht so lange auf einer Stelle aus. Und ich glaube, bei Ihnen war dies auch der Fall — stimmt's?“

Werner nickte bestätigend.

„Na, leben Sie“, fuhr Herr Riedel freudig fort. „das mußte ich doch! Und ich weiß, es gibt noch genug Leute in meinem Betrieb, die sich ebenfalls wohl fühlen und die auch ruhig und zufrieden sind oder es wären, wenn nicht die verdammten Hezer — die Verbändler, das heißt, deren Leiter, sich in unsern Frieden hinein-

mischen und die Leute dabei störrisch machen. Das glauben Sie wohl, wir haben unter den jetzigen Verhältnissen schwer zu kämpfen! Es ist kein Geld vorhanden, und das ist unser langjähriger Untergang. Die Arbeiter müssen nun einmal billiger arbeiten, so glänzend wir vor dem Kriege können sie auch nicht dastehen. Das ist nun einmal so nach einem verlorenen Kriege. Wir können uns auch den Luxus des Achtstundentages nicht leisten! Das muß jeder vernünftige Arbeiter von selbst einsehen. Nur durch unermüdblichen Fleiß und längere Arbeitszeit können wir wieder in die Höhe. Wir gönnen und wünschen den Arbeitern ein auskömmliches Leben, lieberdies: Sie sind wohl noch immer organisiert?“

Werner bejahte dessen Frage.

„Aber vor dem Kriege waren Sie es nicht?“

„Nein, Herr Riedel!“

„Na ja, ich wußte es ja! Sie zählten damals mit zu den vernünftigen Leuten und das hat mich an Ihnen interessiert! Gewiß, jedem das Seine, ein jedes Tierchen hat sein Pfläzchen. Ich hindere keinen Arbeiter daran, nur soll er nicht den Stand der Unternehmer für richtig halten. — Und nun, lieber Werner“, der Fabrikherr erhob sich wieder und reichte dem Jubilar nochmals die Hand. „nochmals viel Glück zum heutigen Tage.“

Werner dankte herzlich — das Geld ruhte bereits in seiner Tasche — er nahm das Diplom und schritt zur Tür hinaus.

Als er nun, mit Geschenken beladen, am Spätnachmittag heimwärts schritt, ging ihm so vieles durch den Kopf.

Die Worte seines Chefs hatten es ihm angetan, sie hatten einen tiefen Eindruck bei ihm hinterlassen. Es war so etwas wie Scham und Reue, was er in seinem Herzen verspürte. Er freute sich der Anerkennung, die ihm vor seinem Chef zuteil geworden war. — Ja, es berührte ihn sehr heftig peinlich, daß Herr Riedel sich der Zeiten entsann, wo er, Julius Werner, noch keiner Organisation angehört hatte. Damals zählte er, als der Betrieb noch in den Anfängen war, zu den Lieb'ingen seines Chefs. Es war eine Ehre für ihn, wenn Herr Riedel zu ihm kam und freundlich sagte: „Werner, Sie müssen heute zwei Stunden länger arbeiten, Sie tun es doch gerne?“

Selbstverständlich tat Werner dieses gern! Zwölf Stunden am Tage, was war das?

Ja, er tat es gern!

Stand er doch gut angeschrieben bei seinem Herrn, und dann, am Lehtnate war etwas mehr Geld im Beutel.

tion anschließt und sich in die Reihe der kämpfenden Brüder und Schwestern stellt. Es lebe der Kampf um Besserstellung der Arbeiterklasse, es lebe der Kampf um gerechte Lastenverteilung!

Das Wirtschaftsjahr 1924.

I. Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1924 wurde weltwirtschaftlich durch die Aktion, die seit Kriegsende grassierende Weltkrise durch Reorganisation der überseeischen Produktions- und der mitteleuropäischen Konsumgebiete zu überwinden, beeinflusst. Es trat auch infolge der von dem mit Gold überfüllten Amerika gewährten Anleihen eine Beruhigung bzw. Stabilisierung der europäischen Valuten (Oesterreich, Polen, Deutschland, Frankreich, Dänemark usw.), teilweise eine Erreichung der alten Parität (Schweiz, Schweden) oder Annäherung an dieselbe (Holland, England) ein. Die Entspannung äußerte sich durch vermehrten Umsatz im Welt-handel.

Vermehrter Umsatz in der Weltwirtschaft, teilweise belebte Produktion

Table with 3 columns: Category, January bis Septbr. 1924, January bis Septbr. 1923. Rows include English trade, Dutch trade, Danish trade, etc.

Jedoch sind überall in der Weltwirtschaft die Ansätze zu einer Entspannung der industriellen Krise zu unbeständig und zu unheimlich, als daß gewisse Folgerungen gezogen werden könnten.

In Deutschland stellt sich der valutarische Prozeß als Kurs- und Preisproblem in dem imaginären Rentenmarkgeld, einer Zwischenwährung, dar. Die Finanz- bzw. Geldpolitik mußte also immer Wirtschaftspolitik sein. So ergaben sich im Laufe des Jahres die bekanten Konflikte zwischen der Geldpolitik der Reichsbank und der offiziellen Wirtschaftspolitik, d. h. der die ganze Wirtschaft berücksichtigenden Auffassung der Geldpolitik steht im Grunde genommen der nackte Interessentenstandpunkt mächtiger Wirtschaftskruppen gegenüber, der sich nur branchenmäßig oder nach dem einzelnen Unternehmen orientiert.

Die Sicherung der Rentenmark wird durch Wiederherstellung der deutschen Hoheit in der Weltwirtschaft (z. B. im Ruhrrevier) erleichtert; weiter durch die amerikanischen Anleihen und die infolge des Deutschland für einen Teil seiner Reparationslasten gewährten Moratoriums eintretende günstige Entwicklung des Steuerinkommens. Die Widerstände liegen aber in der Finanzlage der deutschen Privatwirtschaft. Die Anfang des Jahres in sie einströmenden Rentenmarkkredite führen zu einer fühlbaren Verschuldung, da sich der Zinsfuß anormal hoch stellt. Dazu ist die Rentenmarkschuld z. T. unproduktiv, da sie, in der Hoffnung auf Preissteigerungen, meistens in dem spekulativen Erwerb oder Halten von Warenlagern steckt. So mußten sich die flüssigen Mittel (Betriebskapital) immer mehr vernappen. Wie die Goldbilanzierung, die Umstellung in unseren Kapitalgesellschaften von Papiermark auf Goldmark zeigt, hat sich an und für sich unter Einfluß der Sachwertepolypse während der Inflation das Verhältnis zwischen totem, d. h. immobilisiertem Kapital und Betriebskapital zugunsten der den Verfall in unserer Industrie verschuldeten und die Gesehungsstellen und die Realisation belastenden Anlagewerte gründlich verschoben. In dieser Atmosphäre bildet sich die Tendenz, nach Zerstückelung der Rentenmark z. T. zwischenländig, um Auswege in einer neuen, durchaus unmöglichen Inflation zu finden.

Besserung der deutschen Finanzlage

Table with 4 columns: Category, Ende 1923, April 1924, Ende 1924. Rows include Ausland. Dollarnotierung in Rentenmark, Goldumlauf, etc.

Warum war er überhaupt dem Verbands begetreten? Der Betrieb hatte sich im Laufe der Jahre sehr vergrößert und die Kollegenschaft, die neu in den Betrieben hineinkam, war fast restlos organisiert.

Da glaubte Werner, es bliebe ihm nichts übrig, als sich auch der Organisation anzuschließen.

Seit dem Tage glaubte er, er habe kein Recht mehr, seinem Chef offen in die Augen zu sehen.

Aber wie waren denn jetzt wieder die Zeiten?

Hat nicht ein Teil der Belegschaft aus Unwillen über die Gewerkschaft derselben bereits den Rücken gekehrt?

Hätte es da für ihn, den Vierundsechzigjährigen, noch Zweck, ihr weiterhin treu zu bleiben?

Herr Riedel hatte doch heute den Wursch ausgesprochen, er — Werner — möge doch noch recht lange der Firma treue Dienste leisten.

Wiso lag es doch nur an ihm.

Er hätte, wenn er wollte, Lebensstellung bei der Firma Riedel u. Co. Das war es nur, was dem Jubilar durch den Kopf ging, und es reifte bei ihm bald der Entschluß, sich seinem Herrn dankbar zu erweisen; dies glaubte er dadurch tun zu können, daß er aus dem Verband ausscheiden wollte.

Seit diesem Jubiläumstage waren nun Monate vergangen. Werner war seiner Organisation untrau geworden. Dener, die ihn über den Grund seines Austrittes befragten, antwortete er: „Er brauche den Verband nicht mehr.“

Aber Werner mußte bald eine Enttäuschung erleben.

Eine neue Krise, eine Geldknappheit, die ein Ausbleiben von Aufträgen zur Folge hatte, führte wiederum in den meisten Betrieben zu großen Entlassungen, zum Teil auch zu Stilllegungen der Betriebe.

Auch die Firma Riedel u. Co. sah sich zu erheblichen Entlassungen gezwängt. Am Anfang lag es, daß zuerst alle Arbeiter über sechzig Jahre, ohne Ausnahme, in Frage kämen.

Als Julius Werner dieses las, ging ein Zittern durch seinen Körper, sein Gesicht erbleichte.

Ohne Ausnahme? — Das kann doch nicht möglich sein!

Sicherlich war er davon ausgeschlossen!

Er lief zum Meister. Der Meister nickte mit der Schulter. „Auch Sie, Werner, werden wohl bei der Entlassung mit dabei sein.“

Gesamtreichseinnahmen von April bis Oktober 1924 = 3985,9 Millionen Reichsmark = 70 Proz. des Jahresanschlages davon, in Millionen Mark, Lohnabzugssteuer 707,3, Umsatzsteuer 1060,3.

Im April 1924 zeigt unser Geld bereits an den internationalen Börsen eine Entwertung von ca. 12 Proz., an den deutschen Preisen tagiert, eine solche von 40—50 Proz. Das Kurs- und Preisproblem drohen die Wirtschaft in einer Rentenmark- bzw. Gold-anleiheinflation zu erfäulen.

Die als Gegenwehr Anfang April 1924 einsetzende neue Geldpolitik wollte durch Intervention am Devisenmarkt und Rationierung der Wechselkredite (Begrenzung auf 2000 Millionen Rentenmark) Kurs- und Preisproblem lösen und so, durch Kombination finanz- und wirtschaftspolitischer Mittel, die Zwischenwährung schützen. Kursmäßig betrachtet hatte sie in kurzer Zeit Erfolg: das Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt bleibt seit Ende Juni wiederhergestellt und eine Lockerung der Devisengesetzgebung tritt ein. Wirtschaftspolitisch verlagert sie durch Schuld der amtlichen Wirtschaftspolitik.

Konkurse und Geschäftsaufsichten.

Table with 5 columns: Konkurse, Geschäftsaufsichten, März, August, Septbr., Oktober. Rows include Konkurse (im Frieden monatlich 815), Geschäftsaufsichten.

Die Eigenart der schädlichen Restriktionspolitik, die stark von gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflusst wurde, war die Bereinigung der Wirtschaft durch Umwandlung der spekulativ festgehaltenen Sachwerte, Senkung der Preise, Förderung des Exports und Stärkung der Kaufkraft durch Erhöhung der Realloöhne usw. Sie hat für ihr Gelingen die Vernappung des Geldes zur Voraussetzung. Diese Politik kam, wie unsere Konkurstabelle zeigt, nicht zur Auswirkung, weil sie durch eine Privatwirtschaft, die kurz vorher 300 Goldmillionen in Frankenpekulation verlor und nun unter Berufung auf Geldmangel durch Stilllegung der Betriebe die Regierung mürbe machte, durchlöchert wurde. Mitte des Jahres flossen neue Kredite über die preussische Staatsbank (Seehandlung) usw. in die Wirtschaft und das Kreditkontingent der Reichsbank wurde um 10 Proz. auf 2200 Millionen erhöht. Diktiert wird die Opposition der offiziellen Wirtschaftspolitik durch den Plan, die schon durch Kartellzwang übersteuerten Preise überlegt zu halten, um die Privatwirtschaft aus den Ueberpreisen zu finanzieren. Die neu einströmenden Kredite führen dann zu einer weiteren Preisaufschau, besonders auf dem Getreidemarkt, wo die gegen 1923 schlechtere Ernte, die Getreidereisfeuerungspolitik des Ernährungsministers Graf Ranitz und die mit Reichsgeld ermöglichte spekulative Aufkaufspolitik des Landbundes die Preise anormal in die Höhe treiben.

Preisvergleich wichtiger Waren im In- und Ausland 1913 und viertes Quartal 1924

(Die Preise verstehen sich in Goldmark auf Grund amtlicher Angaben)

Table with 6 columns: Year, Country, Commodity, Price, Ueberpreis. Rows include Roggen (50 kg), Weizen (50 kg), Hafer (50 kg), Sohle (1 Tonne), Eisen (1 Tonne).

Die Situation am Ende des Jahres ist etwa folgende: Die Rentenmark ist durch die bis weit über das gesetzliche Maß hinaus durch Gold und Devisen gedeckte Reichsmarkwährung abgeloßt, die bevorzugen Schutz in der Transferbestimmung des Londoner Abkommens genießt. Die inflationistischen Preise drücken auf den Beschäftigungsgrad der Industrie, die nur in Saisonbranchen und in der Herstellung der Massen- und Stapelware, trotz größten Warenhungers, Anregung zeigt. So wurde zugunsten des sich schnell erholenden Unternehmertums eine Politik bevorzugt, die nicht im Interesse der Massen und der Wirtschaft lag.

Radikal-sozialistisch-kommunistische Agitationsarbeit\*.)

Der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften widerfährt immer neues Heil. Dieses Heil bringt die Zeitschrift Paul Levis. Paul Levi ist ein großer Strategie. Er war einst der Führer der kommunistischen Partei Deutschlands. Als solcher weiße er verschiedene Heil in Moskau. Von dort bezog er die Weisheit, daß es nötig sei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu zertrümmern. Die Kommunisten wollen bekanntlich alles zer-

\*.) Der Artikel war uns schon vor etwa 6 Wochen zugegangen. Wegen der Reichstagswahl unterblieb die Drucklegung.

Werner schossen die Tränen aus den Augen.

„Was soll ich auf meine alten Tage noch beginnen?“

„Sprechen Sie selbst einmal bei Herrn Riedel vor, bringen Sie dabei Ihre lange Dienstzeit in Erinnerung.“

Und Julius Werner ging schweren Herzens in das Arbeitszimmer seines Chefs.

Herr Riedel schien aber nicht mehr so wohlwollend, so gütig zu sein wie am Jubiläumstage, den Werner damals beging. „Es tut mir ja sehr leid, lieber Werner, aber eine Ausnahme kann ich unbedingt nicht zulassen, schon der andere Leute, die auch in Ihrem Alter stehen und auch am Wochenschluß entlassen werden. Dann aber, will ich meinen Betrieb konkurrenzfähig erhalten, muß ich jüngere, frische Kräfte bevorzugen. Ich kann nicht das hohe Alter berücksichtigen, die Kräfte und die Leistungen solcher Leute sind doch ständig im Abnehmen begriffen.“

Werner stierte verblüfft nach den Wänden. Er rührte sich nicht.

„Von was soll ich und meine Familie nun leben?“ kam es über seine Lippen.

„Freilich, es ist für Sie wie für alle recht schwer — auch für uns. Und es wird ein schweres Leben bleiben, solange wir uns nicht von den Vassen, die uns der verlorene Krieg aufgebürdet hat, befreien. Auch wir müssen darben — glauben Sie es. Trösten Sie sich mit den übrigen, die mit Ihnen und auch in den nächsten Wochen entlassen werden.“

Da sah Julius Werner ekt. daß es nutzlos sei, noch weiterhin zu bitten — er wankte zur Tür hinaus.

Dahem angelangt, nahm er das Diplom von der Wand und warf es dröhnend auf die Diele.

Dann machte er grimmig auf und trat in die Scherben.

Nach einigen Tagen brachte die Zeitung die kurze Notiz, daß sich der Arbeiter Julius Werner die Pulsader aufgeschnitten habe und daran gestorben sei. Der Grund sei in Schwerkraft infolge der Arbeitslosigkeit zu suchen.

Auf einer andern Seite der Zeitung stand, daß der Mitinhaber der Firma Riedel u. Co. im Süden Deutschlands bei einer Autofahrt schwer verunglückt sei. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

So starb der eine, weil er kein Geld, der andere vielleicht — weil er zuviel Geld hatte.

trümmern: die Parteien, den Staat, die Wirtschaft. Auf den Trümmern wollen sie dann neu aufbauen. In Halle wurde unter seiner Führung die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gegründet. Seitdem konnte sich in der U.S.P. ein reiches Leben nicht mehr entwickeln. Mit dieser nur noch schwach vegetierenden Partei verlor Paul Levi später die Zentrumsregierung der kommunistischen Partei zu erreichen. Er trat zu diesem Zweck in die vorher von ihm in der verächtlichsten Weise bekämpfte Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein. Aus der Zertrümmerung der K.P.D. nach Levischem Rezept wurde nichts. Sie lebte weiter. Die U.S.P. aber einigte sich mit der S.P.D. und Levi wurde S.P.D.-Mann. Die Taktik der geeinigten Partei und die Taktik der Gewerkschaften führte zum Niedergang der kommunistischen Partei. Paul Levi bekämpfte diese Taktik. Er propagierte Koalition mit der K.P.D. Nun arbeitet Paul Levi weiter in seiner Art für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaften. Als Apostel alter, aber immer wieder als neu gepriesener Heilslehren reißt er im Lande herum. Er erzählt den gäubig und lautlos zu seinen Füßen stehenden Gemeinden schöne Märchen von vor Stimmes Hauchschlag zusammenrückenden Gewerkschaftsbeamten und ähnliches. Aber nicht nur das Wort, auch die Schrift muß dem Schriftgelehrten dienen. Paul Levi gibt eine Korrespondenz heraus. Sie hieß früher „Unser Weg“, jetzt heißt sie „Sozialistische Politik und Wirtschaft“. Sie erscheint selbstverständlich in Berlin. Der monatliche Mindestbezugspreis für Einzelbezieher beträgt 1 Mk., für Redaktionen 3 Mk. Diese „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ bringt eine Menge interessanter Artikel. Unter anderem auch einen Artikel, betitelt „Unser Weg“, von seinem Gehilfen Heinz Hornung. Der Artikel geht durch einige Nummern. Wir geben einen kleinen Auszug. Paul Levi läßt da über die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften das Folgende schreiben:

„Die Sozialdemokratie zeigt nach beiden Hauptrichtungen ihrer Tätigkeit hin, nach der politischen wie gewerkschaftlichen, eine bedenkliche Verflachung und Erstarrung. Die Gewerkschaften wurden zu bloßen Berufssallianzen und Arbeiterschutzbündnissen, die zwar zu großen Opfern in ihren Kämpfen bereit waren, aber darüber hinaus zu keiner Gemeinwirtschaftspolitik kamen. Die Partei wurde durch die Anforderungen des Parlamentarismus zu einem bürokratischen System, wo das Schwergewicht der ganzen Tätigkeit in die Fraktionspolitik verlegt wurde, wo also die proletarische Aktion verdrängt hinter absteigenden Vertretern, und die Massen keine unmittelbare Anteilnahme an der politischen Tätigkeit gewannen. Die Arbeiter-Genossenschaften führten abseits der Politik ein Eigenleben ohne bewußte Form sozialistischer Wirtschaft. Da ihrer gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit im Kapitalismus sehr enge Grenzen gesetzt sind, kümmerten die Politiker sich nicht um sie. In der „Maf-fischen“ Dreigliederung der proletarischen Organisationsform begann es allerdings in den Tagen der Revolution zu kriseln. War strikt sich darüber, ob eine Organisation als Sozialisierungsträgerin, als Kampforganisation, als Schulungsorganisation oder als Organisationsform für den Kleinrieg zu betrachten sei. Traditionenabhängigkeit und politisches Unvermögen verhinderten die Untersuchungen, ob eine Organisation sich den veränderten Kampfbedingungen angepaßt habe, ob sie entwicklungsfähig sei und ob sie sich zu einem Organ der politischen oder wirtschaftlichen Umgestaltung ausbauen lasse. Insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik blieb man völlig passiv. Die Erörterung von Dingen, die über den Rahmen des Parteischlusses und Parteilebens hinausgingen, lehnten die gewerkschaftlichen Praktiker als überflüssige „Zukunftswärmerei“ ab. Mit Schlichtungsausschüssen und kleinen Portionen Bildungsarbeit war für sie die „neue Zeit“ schon gekommen. Die eingelebten Betriebsräte, die man der radikalen Betriebsrätezentralen entzog, machten der Gewerkschaftsbeamten Kopfweh. Das innerweltliche Hineintragen von Politik machte sie gar wild. In der Streit-taktik wußte man sich nicht den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Zu einer Dranistierung der Arbeiterkraft in nationalem und in internationalen Rahmen, entsprechend der veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, kann man sich bis heute noch nicht aufschwingen. Der Ausbau eigener Wirtschaft- und Finanzunternehmungen der Arbeiterkraft (wobei zu bedenken ist, daß dasselben sehr enge Grenzen gesetzt sind), durch etwas Zusammenarbeiten der Genossenschaften mit Partei und Gewerkschaften steht noch in den Kinderschuhen.“

Kommunikat ist wohl überflüssig. Wie schade, daß Partei und Gewerkschaften nicht noch mehr so tüchtige Mitarbeiter wie Paul Levi und seine Schreibgehilfen haben.

Aus der Textilindustrie.

Billigere Baumwolle — teurere Wolle.

Eine eigenartige Konstellation im Wollgeschäft. Die außerordentlich feste Stimmung am Rohwollmarkt hält nun schon seit Monaten an. Aus Brisbane werden weitere Spröze Preissteigerungen (über das hohe Novemberniveau hinaus) gemeldet. Und auf der Londoner Auktion werden täglich fast 10000 Ballen ohne irgendwelche Preisfunktungen abgesetzt. In merkwürdigem Gegensatz hierzu steht die Lage der englischen — und wohl auch der deutschen — Wollindustrie. Die Nachfrage sowohl in den Kammereien als auch in den Spinnereien und Webereien ist gering und steht in keinem Verhältnis zu der Kaufkraft am Rohstoffmarkt. Die gegenwärtigen Preise für Kammzüge z. B. liegen erheblich unter den heutigen Wiederbeschaffungspreisen für Rohwolle, wenn man Arbeitslöhne und eine niedrige Verdienstmarge berechnet. Und alle Versuche, die Halbfabrikate zu verteuern, sind bisher mißlungen. Die Kammereien sollen vielfach Teile ihrer diesjährigen Rohwolle-einkäufe zu den gegenwärtigen hohen Preisen wieder abgegeben haben, ohne daß jedoch eine Tendenzabschwächung die Folge hiervon gewesen wäre. Es scheint, als ob verhältnismäßig große spekulative Engagements mit Hinsicht auf den relativ geringen Umfang der diesjährigen Schur eingegangen wurden. In industriellen Kreisen vermag man für den starken Gegensatz zwischen der Geschäftstätigkeit in der Wollindustrie und der unerhoffentlich hohen Kaufkraft am Rohstoffmarkt und die Preisunterstützung keine befriedigende Erklärung zu finden. Man beginnt, gewisse Gefahren für die weitere Preisentwicklung zu sehen und ist in allen längerfristigen Dispositionen recht vorsichtig. — Von nennenswerten deutschen Käufen verlautete während der letzten Wochen nichts. Es heißt, daß sie während dieser Saison in London bereits 9 Millionen Pfund Sterling betragen haben.

Niedrigere Baumwollpreise trotz lebhaften Geschäfts. Da während der Baumwollerte das Ertragnis fort-dauernd weiter über die vorherigen Schätzungen hinaussteigt, hat sich eine Abschwächung des Baumwollpreises während der letzten Tage ergeben, die um so erfreulicher ist, als sie kein Zeichen nachlassender Geschäftstätigkeit sein dürfte. Der gegenwärtige Preis (für middling), der nicht mehr weit von der herbeigewünschten Höhe eines Schillings pro lb. entfernt ist, liegt um fast 50 Proz. unter dem Rekordpreis des Novembers 1923, aber noch immer um fast 100 Proz. über dem Vorkriegspreis:

Table with 4 columns: Year, Price, Year, Price. Rows include Vorjahr, 10. November, 20., 22., 24., 25.

Die Nachfrage nach Baumwollwaren aller Art sowohl seitens des Inlandes als auch des Auslandes sind namhaft beständig zu. Die Sicherung der Weißbegrüßung im Handelsverkehr mit Deutschland befriedigt in der englischen Baumwollindustrie außerordentlich, da man nun mit der eifrigsten Konkurrenz nicht mehr allzusehr kämpfen zu müssen glaubt und auf eine Steigerung des Absatzes in Deutschland hofft. („Berliner Tageblatt“.)

# Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

## Die Fachauschüsse für Heimarbeit.

Das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 hatte schon die Einsetzung von Fachauschüssen in das Gesetz aufgenommen. Die damals von den sozialdemokratischen Vertretern der Arbeiterklasse erhobene Forderung auf Schaffung von Lohnnägeln mit dem Recht zur Festsetzung verbindlicher Mindestlöhne war bei den Kommissionsberatungen von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt worden. Den Ausschüssen wurde neben anderem auch die Aufgabe zugewiesen, „den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen zu fördern“. Das Recht aber, Tarifverträge für verbindlich zu erklären oder — falls keine Tarife zustande kommen — die Löhne von sich aus festzusetzen, gab man ihnen nicht.

Während des Krieges, als in größerem Umfang Artikel für Heeresbedarf in der Heimindustrie hergestellt wurden, sind durch Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1919 Fachauschüsse errichtet worden. Zehn von den bis jetzt bestehenden Ausschüssen entfallen zum Teil oder ausschließlich auf die Textilindustrie. Am 1. Juli 1923 erschießt dann das Gesetz zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes (Heimarbeiterlohngesetz), welches von allen Parteien des Reichstags debattelos angenommen wurde und Gesetzeskraft erlangte.

Dieses Gesetz gab den Fachauschüssen das Recht, regelnd in die Lohnverhältnisse einzugreifen. Es befestigte die willkürliche und unterschiedliche Entlohnung der Hausarbeiter. Es gab den Fachauschüssen auch das Recht, Mindestentgelte für die Hausarbeiter festzusetzen, die Bestimmungen eines Tarifvertrags als allgemeinverbindlich zu genehmigen und die Aufgaben der Schlichtungsausschüsse bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Hausarbeitern zu erfüllen. („Textilarb.“ Nr. 37—40 1923 und Nr. 47 1923.) Die Durchführung dieses Gesetzes ist jetzt durch die Verordnung über Fachauschüsse für Hausarbeit vom 28. November 1924 gesichert. Mit Zustimmung des Reichsrats wird bestimmt:

Die Fachauschüsse werden in der Regel für einzelne Gewerbe- oder Teile von Gewerbebezügen errichtet. Mehrere Gewerbe- oder Teile von einem Gewerbebezugs zusammengefaßt werden. Dabei wird, wie bei bestehenden Fachauschüssen, auch die Bildung von Abteilungen für Gewerbebezüge, die möglichst verwandt sein sollen, empfohlen. Die Bezirke der Fachauschüsse sollen nicht zu groß gehalten sein, damit die Sitzungsmitglieder nicht außerhalb des Ausschusses zu übernachten brauchen. Von der beabsichtigten Errichtung eines Fachauschusses durch die oberste Landesbehörde ist der Reichsarbeitsminister rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Welche Hausgewerbetreibende oder Zwischenmeister den Hausarbeitern gleichzustellen sind, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Die oberste Landesbehörde bestimmt die Zahl der Vertreter und Stellvertreter sowohl für die Fachauschüsse wie für die Abteilungen. Sie sind zugleich Vorsitzender und Beisitzer für die Ausschüsse und die Abteilungen. Vorsitzender und Beisitzer müssen die erforderliche Sachkunde besitzen. Doch darf weder der Vorsitzende noch seine Stellvertreter Hausarbeiter im Sinne des § 18 des Hausarbeitsgesetzes sein. Als Vertreter der Gewerbetreibenden oder der Hausarbeiter dürfen nur solche männliche oder weibliche Personen bestellt werden, welche deutsche Reichsangehörige sind und das 24. Lebensjahr vollendet haben. Gewerbetreibende dürfen nur bestellt werden, wenn sie mindestens 6 Monate dem Gewerbebezug im Hauptberuf angehört und Hausarbeiter beschäftigt oder Hausarbeit ausgeübt haben. Hausarbeiter, die bestellt werden, müssen auch mindestens 6 Monate dem Gewerbe für welches der Fachauschuss errichtet wurde, angehören. Als Vertreter der Gewerbetreibenden können auch Angehörige ihrer wirtschaftlichen Vereinigung (Arbeitgeberverbände), der Hausarbeiter (Gewerkschaften) in Betracht kommen. Nicht bestellt darf werden, wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat. Die Beisitzer wie die Vertreter der Gewerbetreibenden und der Hausarbeiter werden auf 4 Jahre gewählt. Die Amtsdauer des Vorsitzenden wird durch die oberste Landesbehörde bestimmt. Dieselben verwalten ihr Amt ehrenamtlich, doch wird ihnen eine geringe Entschädigung für entfallende Unkosten und entgangenen Arbeitsverdienst gezahlt.

Der Vorsitzende führt die Geschäfte, beruft die Sitzungen ein, bestellt die Zahl der Beisitzer oder Vertreter für alle oder einzelne Sitzungen. Er hat auf Antrag von zwei Drittel der Beteiligten den Ausschuss spätestens innerhalb von zwei Wochen zur Sitzung einzuberufen. Er soll schon vor der Sitzung das Erforderliche zur Klarstellung des Sachverhalts veranlassen, insbesondere die Stellungnahme der Beteiligten zu einem Antrag herbeiführen. Er kann auch Auskunftspersonen und Sachverständige laden. Die Sitzungen sind nichtöffentlich. Doch hat die Aufsichtsbehörde das Recht, Vertreter zu entsenden, die auf Verlangen jederzeit gehört werden müssen. Die Beschlüsse des Fachauschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Abstimmung muß geheim sein, wenn mindestens die Hälfte entweder der Vertreter der Gewerbetreibenden oder der Hausarbeiter dies verlangt. Die über jede Beratung aufzunehmende Niederschrift, die vom Vorsitzenden und Schriftführer zu unterzeichnen ist, darf nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde veröffentlicht werden. Beschlüsse, welche die Befugnisse der Fachauschüsse überschreiten, können vom Vorsitzenden beanstandet werden. Doch kann die Beanstandung von jedem Vertreter, der an der Beschlussfassung teilgenommen hat, binnen zwei Wochen mittels Besondere an die Aufsichtsbehörde angefochten werden. Diese entscheidet dann endgültig.

Geht beim Fachauschuss ein Antrag auf Festsetzung von Mindestentgelten ein, so ist innerhalb vier Wochen, in dringenden Fällen früher, dieser Antrag auf die Tagesordnung einer demnächst einzuberufenden Sitzung zu setzen. Vor der Beschlussfassung ist Entscheidung einzuziehen, ob für den betreffenden Gewerbebezug Tarifverträge, welche die Entgelte der Hausarbeiter regeln, bestehen. Sind solche Tarife vorhanden, so ist der Ausschuss berechtigt, die Bestimmungen des Tarifvertrages als allgemeinverbindlich zu genehmigen. Bietet ein solcher Tarifvertrag nicht vor, so hat der Fachauschuss zunächst auf den Abschluß einer tariflichen Regelung über die Entgelte hinzuwirken. Kommt eine solche zustande, so ist der Fachauschuss ebenfalls berechtigt, die Bestimmungen der Vereinbarung über diese Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen.

Wird der Fachauschuss als Schlichtungsausschuss bei einer Arbeitsstreitigkeit tätig, an der neben Hausarbeitern auch andere Arbeiter beteiligt sind, so soll er, falls ein Schlichtungsausschuss oder ein Schlichter bereits damit befaßt ist oder wird, diesen von der Einleitung des Verfahrens und seinem Verlauf in Kenntnis setzen. In gleicher Weise sollen Schlichtungsausschuss und Schlichter dem Fachauschuss Mitteilung machen. In Zweifelsfällen entscheidet die oberste Landesbehörde. Geht der Bereich des Fachauschusses oder des Schlichtungsausschusses über das Gebiet eines Landes hinaus, so entscheidet der Reichsarbeitsminister.

Die Fachauschüsse unterliegen der Aufsicht derjenigen höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben. Die Kosten für die Ausschüsse tragen die Länder.

Diese nur auszugsmäßig wiedergegebene Verordnung ist mit dem 1. Dezember in Kraft getreten. Damit sind die Bestimmungen vom 18. Juni 1914 und vom 27. März 1916 außer Kraft gesetzt. Die Verordnung ist im Reichsgesetzblatt, Teil I, Seite 757, veröffentlicht. Daß diese Verordnung baldmöglichst bemerkbar zur Durchführung gelangt, wird zu den Aufgabengebieten der Gewerkschaften gehören. Die Hausarbeiter selbst erlangen kaum Kenntnis von solchen ihre Existenz beeinflussenden Gesetzen. Es müssen schon die Organisa-

tionen, denen sie auf Grund ihrer Tätigkeit angehören müssen, die Aufklärungsarbeit betreiben und die Durchführung der Verordnung in die Wege leiten. Das schon um deswillen, damit durch Befestigung des Umfangs der Unterbezahlung nicht die tariflichen Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe gefährdet sind. Es ist bekannt, daß diese Arbeiterschichten schwer organisierbar sind. Die Heimarbeiter sind jetzt infolge der allgemeinen Volksverarmung sehr zahlreich in den Volkstreifen anzutreffen, die überhaupt von Organisation nur den Namen kennen, aber nicht den Zweck. Die Entwürdigung hat aber gezeigt, daß es schon viele organisierte Hausarbeiter gibt, die zu tariflich geregelten Löhnen arbeiten. Wenn auch die ganz Unbelehrbaren sich nicht in den Rahmen einer Organisation einfügen werden, so sind doch noch weite Kreise proletarischer Hausarbeiter da, welche ihren Berufsorganisationen fernstehen. Unserer Organisation gehört bereits eine größere Zahl Heimarbeiter an. Weitere Kreise der Organisation zuzuführen werden diese mit berufen sein, die erst durch die Einbeziehung in die Tarife angemessene Entlohnung kennen lernen. Die bisher bestehenden Fachauschüsse waren Pflanzlinge, die im Verborgenen standen. Niemand hörte, niemand wußte von ihnen. Ihnen die Lebenskraft zu geben, im Interesse der Hausarbeiter zu wirken, ist Aufgabe aller Verbandsfunktionäre in Gemeinschaft mit den schon organisierten Hausarbeitern. Den Weg weist die neue Verordnung, er führt dem Ziel entgegen.

## Jugend und Reichsbanner.

Die Wahlen, die jetzt hinter uns liegen, standen unter dem weitreichenden Einfluß des Reichsbanners. Das Reichsbanner hatte durch seine Unterthätigkeit, die es den Versammlungen und der Propaganda der republikanischen Parteien verlieh, den Verfassungskampfen den Wahlkampf erleichtert und zu ihren Fortschritten wesentlich beigetragen. In den rückgrifflichen bürgerlichen Parteien ist man sich bewußt, was für eine brauchbare Stütze das Reichsbanner für die Republik darstellt. Aus diesem Grunde ist schon seit längerer Zeit eine unermüdete Schararbeit der reaktionären Kreise gegen die schwarzrotgoldene Kampfororganisation zu beobachten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat bereits zweimal die Auflösung des Reichsbanners gefordert; der Reichsaussenminister Stresemann, der seine Wahlversprechungen dem Schutze von Wermächten, Stützpunkten und Hafenstützen anvertraute, warf dem Reichsbanner vor, es wirke auf Entsehung des Bürgerkriegs hin. Seine Stellungnahme lachte nicht einmal zu verschleiern, daß er mit zweierlei Maß zu messen geneigt sei. Den monarchistischen Organisationen will er nicht auf den Leib rücken; ihn stört allein der Schuttrupp der Republikaner.

Sicherlich haben alle Freunde der Reaktion Anlaß, das Reichsbanner mißtrauisch zu betrachten. Eine der furchtbarsten Folgen des Zusammenbruchs 1918 war die Schwächung der republikanischen Staatsgewalt. Auf diese Schwächung arbeiteten die Schwerindustrie, der Separatismus der Monarchisten in trautem Bunde hin; die republikanische Staatsgewalt sollte ohnmächtig gemacht werden, damit die Schwerindustrie ungehemmt verdienen, der Separatismus seine reichzerstörerischen Bestrebungen mit dem Auslande pflegen und die Monarchisten die Wiederkehr der dangelaufenen gekrönten Häupter vorbereiten könnten. Weit genug sind ihre verberlichen Pläne gediehen. Das Reichsbanner hat sich zur Aufgabe gestellt, zur Stärkung der republikanischen Staatsgewalt wieder beizutragen. Das würde zur Folge haben, daß das Reich durch eine entschiedene soziale Gesetzgebung die Pläne der Schwerindustrie zum Scheitern zu bringen vermöchte, daß die Einheit des Reiches allen Auflockerungsbestrebungen gegenüber gewahrt werden könnte, und daß die Republik unerschütterlich feststände. Daß diese Ziele erreicht werden, liegt im unmittelbaren Lebensinteresse der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hat heute ein verändertes Verhältnis zum Staat. Der Staat ist heute nicht mehr bloßer Unterdrücker, sondern er zeigt sich als die allgemeine Grundlage der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Arbeiterschaft. Seine Schicksale beeinflussen die Schicksale der Arbeiterschaft aufs tiefste. Aus diesem Grunde kann die Arbeiterschaft den Staat nicht sich selbst überlassen. Sie muß um die Macht in ihm kämpfen; aber bei allem Kampf um die Macht innerhalb des Staates muß sie sich dessen bewußt sein, daß dieser Kampf eine Zerstörung des Staates nicht herbeiführen darf. Das Reichsbanner, in dem die Arbeiterschaft stark vertreten ist, zeigt einfach schon durch sein Dasein, wie sich das Verhältnis der Arbeiter zum Staat gewandelt hat. Das Reichsbanner hat ganz unbestreitbaren staatspolitischen Charakter. Wenn im Reichsbanner die, der legt durch seine Mitgliedschaft ein Bekenntnis zum Staate ab. Solche Dinge soll man rundweg aussprechen; es ist nicht zweckmäßig, sie vor sich selbst zu verschleiern. Man kann die Macht innerhalb des Staates nur gewinnen, wenn man sich zum Staate bekennt. Das Reichsbanner wird um so stärker sein, je zahlreicher solche proletarische Bekenner ihm zufließen. Daß unsere Jugend sich dem Reichsbanner anschließt, halten wir für selbstverständlich.

Diesem Reichsbanner liegt auch ein durchaus sozialdemokratischer Gedanke zugrunde. Die Sozialdemokratie hatte früher die Wechselschicht nicht abgelehnt. Sie weigerte sich nur, ihre Zustimmung dazu zu erteilen, daß das Heer in Gestalt einer Prätorianergarde existierte. Das Mißgeschick schien ihr erstrebenswert. Aus dem Reichsbanner kann eine Art Arbeitermiliz werden. Es würde sich Deutschlands Schicksal nicht vorbeistehen, wenn das Ausland mit Sicherheit damit rechnen könnte, daß in Deutschland der Wille zur Abwehr von offenkundigstem Unrecht vollkommen erloschen ist. Der kleinste Staat, wie Luxemburg oder Belgien, der über ein Heer verfügt, könnte sich die empörendsten Rechtsbrüche gegenüber Deutschland herausnehmen. Eine große Volkswehr, die durch ihren inneren Geist sich zu einer abenteuerlichen Politik niemals mißbrauchen läßt, muß jedoch, rein dadurch, daß sie da ist, auf solche auswärtige Staaten, die übermüßigerweise sich dazu verleben lassen könnten, Deutschland unerträgliches zuzumuten, würde in der Form des Reichsbanners befähigt wirken, sie würde angefaßt, sich demokratischer Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes an Liebergriffe gar nicht zu denken wagen. Eine dergleichen vorbeugende Wirkung des Reichsbanners müßte das außenpolitische Ansehen des deutschen Reiches wieder heben und die Autorität der deutschen Republik auch nach außen hin vergrößern. Nichts Besseres könnte uns begegnen. Um feiner innen- und außenpolitischen Möglichkeiten willen, die darin bestehen, daß die republikanische Staatsform gesichert, die Ausschweifungen der Schwerindustrie in Schranken gehalten, die Einheit des Reiches verbürgt, demütigende Zumutungen des Auslandes hintangehalten werden, muß diese Organisation gepflegt und noch weiterhin ausgebaut werden.

## Berücksichtigung sozialer Verhältnisse bei Entlassungen.

Einem Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 15. November 1924 — IV (X) 10 614/24 — (RZAbl. 1924 Nr. 27 S. 461) entnehmen wir folgendes:

„Von Arbeitnehmerverbänden ist in jüngster Zeit wiederholt Klage darüber geführt worden, daß bei Entlassungen nicht immer die gebotene Rücksicht auf Alter, Familienstand und Dienstzeit genommen werde. Es seien Arbeitnehmer, die jahrzehntelang demselben Unternehmen angehört hätten, Verheiratete und Familienväter mit zahlreichen Kindern entlassen worden, während jüngere, ledige Arbeitnehmer in den Betrieben befristet worden seien. Ich vermag die Berechtigung dieser Klagen nicht nachzuprüfen. Ich bin auch überzeugt, daß von der Mehrheit der deutschen Arbeitgeber bei unvermeidlichen Entlassungen in sozialer Weise vorgegangen wird. Ich möchte aber doch noch einmal darauf hinweisen, daß die Auf-

hebung des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten nicht erfolgt ist, weil der Grundsatz dieser Vorschrift verfallen werden sollte. Dieser Grundsatz lautet: Bei Entlassungen sollen für die Auswahl der Arbeitnehmer zwar zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Ersetzbarkeit des einzelnen Arbeitnehmers im Verhältnis zu der Wirtschaftlichkeit des Betriebes geprüft, dann aber das Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers berart berücksichtigt werden, daß die älteren und eingearbeiteten Arbeitnehmer und diejenigen mit unterhaltsbedürftigen Angehörigen möglichst in ihrer Arbeitsstelle belassen werden, immer vorausgesetzt natürlich, daß sie das gleiche leisten wie die Arbeitnehmer, die zur Entlassung kommen. Die Aufhebung dieses § 13 erfolgte in der Uebersetzung, daß sein Inhalt bereits allgemein anerkannter Grundsatz und Rechtspflicht sei, weil bei seiner Verletzung eine unbillige Härte im Sinne des § 84 Ziffer 4 des Betriebsrätegesetzes vorliegt. Ich wäre dankbar, wenn die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder noch einmal auf diese Rechtslage hinweisen wollte.“

## Betriebskrankenkassen können nur mit Zustimmung des Betriebsrats errichtet werden.

Ueber das Erfordernis der Zustimmung zur Errichtung von Betriebskrankenkassen beim Fehlen eines Betriebsrats vertritt der Reichsarbeitsminister vom 6. Juni — II 1. 3713 — (veröffentlicht in „Das Schlichtungswesen“, 6. Jahrg., Heft 10, S. 171) folgende Auffassung:

„Durch § 245 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des § 10 des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 (RZAbl. I S. 225) ist im Gegensatz zum früheren Rechte vorgeschrieben worden, daß die Errichtung von Betriebskrankenkassen der Zustimmung des Betriebsrats bedarf. Daraus folgt zwingend, daß die Errichtung unterbleiben muß, wenn der Betriebsrat die Zustimmung verweigert. Daß bei Verweigerung die Zustimmung durch eine andere Stelle erteilt werden kann, ist nicht vorgesehen.“

Zur Entscheidung der Frage, ob die Genehmigung zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse erteilt werden kann, wenn ein Betriebsrat lediglich infolge des Verbaltens der Arbeitnehmer nicht gebildet werden konnte und infolgedessen die Zustimmung des Betriebsrates nicht eingeholt werden kann, bin ich instanzial nicht zuständig. Mit dem hierdurch gebotenen Vorbehalt bemerke ich folgendes:

Der Fall, daß ein Betriebsrat trotz Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen nicht gebildet worden ist, ist weder im Betriebsrätegesetz noch in den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Betriebskrankenkassen geregelt. Bei Anwendung des Betriebsrätegesetzes ist bereits mehrfach entschieden worden, daß, wenn nicht nur vorübergehend ein Betriebsrat lediglich infolge des Verbaltens der Arbeitnehmer nicht gebildet werden konnte, den im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmern die Rechte aus dem Betriebsrätegesetz, z. B. das Einpruchsrecht des § 84 RZAbl., nicht zustehen, sondern es dann bei den sonstigen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen sein Bewenden behält. Es liegt nahe, den gleichen Grundsatze auch hier zur Anwendung zu bringen, da ja auch hier die Arbeitnehmererschaft es selbst in der Hand hatte, durch Wahl eines Betriebsrates ihre Belange zu sichern. Es würde also der Arbeitgeber in solchen Fällen auch ohne die nicht zu erlangende Zustimmung des Betriebsrates eine Betriebskrankenkasse errichten können. Dieses Ergebnis wird um so mehr gerechtfertigt sein, als andernfalls die Arbeitnehmererschaft durch die Verbindung des Zustandekommens eines Betriebsrates sich nicht nur, wie im Falle des § 84 RZAbl., eigener Rechte berauben, sondern noch dem Arbeitgeber seine Befugnisse nach § 245 RZAbl. nehmen würde, obwohl er auf das Zustandekommen des Betriebsrates ohne Einfluß ist. Immerhin ist zu berücksichtigen, daß die Errichtung einer Betriebskrankenkasse für die Dauer die Kassenzugehörigkeit aller Arbeitnehmer des Betriebes bestimmt (§ 245 Abs. III RZAbl.), während in dem vorher angeführten Falle die Arbeitnehmererschaft durch nachträgliche Bildung eines Betriebsrates die Möglichkeit hat, für die Zukunft ihre Rechte nach dem Betriebsrätegesetz zu sichern. Jedenfalls dürfte die Errichtung einer Betriebskrankenkasse ohne Zustimmung des Betriebsrates nur dann genehmigt werden können, wenn die Bildung des Betriebsrates ausschließlich durch das Verhalten der Arbeitnehmer und nicht nur ganz vorübergehend verhindert wird.“

Es liegt also in der Hand der Betriebsräte, die Errichtung einer Betriebskrankenkasse zu verhindern, und an der Belegschaft, eine Betriebsvertretung zu wählen, die die Zustimmung verweigert.

## Die deutsch-französische Eisenfrage und die Fertigindustrie.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben: „Aus Paris sind dieser Tage Stimmen herübergeklungen, die in den Kreisen der süddeutschen weiterverarbeitenden Industrie die schärfsten Bedenken hervorgerufen haben. Es handelt sich um die Bestrebungen der Schwerindustrie, mit den französisch-lothringischen Werken zu einem Abkommen zu gelangen, wonach diese nicht mehr direkt an die deutsche weiterverarbeitende Industrie liefern sollen, und um den Weg, auf dem dieses zu erreichen versucht wird. Es ist darüber berichtet worden, bei den Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung des deutschen Zolltarifs sei von deutscher Seite mitgeteilt worden, die in Aussicht genommene Revision des deutschen Zolltarifs werde eine Erhöhung des Eisenzolls um 50 Proz. bringen. Demgegenüber steht die eisenerarbeitende deutsche Industrie auf dem Standpunkt, daß die in den 70er Jahren zur Einführung gekommenen Eisenzölle heute überhaupt nicht mehr erforderlich sind. Die Entwicklung der Schwerindustrie sei berart gewesen, daß sie überall auf dem Weltmarkt konkurrieren kann und dadurch selbst zeigt, daß sie auch ohne Zölle konkurrenzfähig ist, denn für diejenigen Mengen, die sie ausführt, erzielt sie den Auslandspreis minus Fracht, wogegen sie im Inlande den gleichen Preis erlangt, ohne die Frachtkosten zu haben. Die weiterverarbeitende Industrie aber hat einen großen Export und muß exportieren; wird ihr aber das Rohmaterial durch einen hohen Zoll fast verteuert, so ist sie auf den Auslandsmärkten nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Schwerindustrie verlangt aber, wie erwähnt, nicht nur die alten Zölle, sondern ihre Erhöhung um 50 Proz. Die verarbeitende Industrie erklärt diese Zölle für unnötig und bezieht sie als eine Steuer, die nicht nur sie, sondern der ganze Verbrauch zugunsten einiger weniger Unternehmungen zahlen soll; sie verlangt daher statt einer Erhöhung einen Abbau der heutigen Zölle, die auf das Wort Schutzzölle keinen Anspruch hätten. Für die süddeutsche eisenerarbeitende Industrie kommt noch besonders hinzu, daß sie bisher vom Saargebiet und von Elsaß-Lothringen gespeist worden ist, weil diese Produktionsgebiete frachtingünstig für Süddeutschland liegen. Kommt dieses Rohmaterial nicht mehr zollfrei herein oder muß dieses Eisen den Weg über ein deutsches Syndikat nehmen, so wird das ganze süddeutsche Verbrauchergebiet von Rheinstadt-Westfalen abhängig. Bei den Pariser Verhandlungen ist zunächst die Forderung aufgetaucht, die am 10. Januar 1925 erlöschenden zollfreien Einfuhrkontingente für Eisen zu verlängern. Nach dem Abschluß des Handelsvertrages mit England konnte die deutsche Regierung eine solche Verlängerung um so weniger gewähren, als dann infolge der Weißbegünstigungsklausel auch für England derselbe Anspruch entstanden wäre. Man ist deshalb in den Verbrauchertreibern der besten Uebersetzung, daß bei den Ver-

Handlungen privater Art im stillen Kämmerlein die deutsche Schwerindustrie das „Opfer“ auf sich genommen hat, zu erklären: wenn die Regierung hierbei nichts tun könne, sei sie bereit, gewisse Eisenmengen regelmäßig von der französischen Industrie zu übernehmen, vorausgesetzt, daß kein Zollabbau komme. Was wäre die realistische Auswirkung eines solchen durch den Zoll möglich gemachten privaten Abkommens zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie? Angenommen, es gelangen monatlich 100 000 Tonnen französisches Eisen nach Deutschland zur Einfuhr, für die das deutsche Abnahmefähigkeit den Zoll bezahlt, für Kohleisen mit 10 Mk., Halbzeug mit 15 Mk., Stabeisen mit 25 Mk. evtl. zusätzlich der gewünschten Erhöhung um 50 Proz. dieser Sätze. Da man die Einfuhr auf diese Weise monopolisiert hätte, würde der Inlandpreis auf die gleiche Höhe wie der des französischen um den Zoll verteuerten Eisens gebracht werden. Das bedeutet dann bei einer ungefähren monatlichen Produktion von 1 Million Tonnen nach Abzug der Unkosten aus dem an Frankreich gezahlten Zoll für die deutschen Erzeuger eine Mehreinnahme von durchschnittlich rund 15 Millionen Mark! Das wäre eine Steuer, die die deutsche weiterverarbeitende Industrie an ein paar Konzerne zu bezahlen hätte.

Die Folgen einer solchen Preis- und Zollpolitik braucht man nur anzudeuten. Da jene Steuer vom Verbrauch getragen werden müßte, würde die ganze Maschinenindustrie darunter leiden; die landwirtschaftlichen Maschinen würden sich verteuern, das Baumwesen, auf dessen endliche Belebung mit allen Mitteln hingearbeitet werden muß, würde erneut durch die Verteuerung der Träger usw. behindert. Im Exportgeschäft würde die Maschinenindustrie entweder niedrigere Löhne zahlen müssen, was zu neuen sozialen Kämpfen führen würde, oder sie würde überhaupt nicht konkurrenzfähig sein. Aber selbst wenn man die Mitte zwischen diesen beiden Möglichkeiten nimmt, würde dies immer noch erhöhte Arbeitslosigkeit bedeuten. Endlich würde ein nicht unbedeutender Teil der weiterverarbeitenden und für den Export tätigen Industrie die Schwierigkeiten zu umgehen suchen, indem er, soweit dies möglich, eine Betriebsverlegung nach dem Ausland vornimmt, woselbst das Rohmaterial ohne diese Sondersteuer zu haben wäre. Rechnet man noch hinzu, daß das in der Schwerindustrie investierte Kapital weit geringere Arbeitermassen beschäftigt als das in der weiterverarbeitenden Industrie, aus deren Dienstleistungen auch die Reparationen bezahlt werden sollen (aus dem Exportüberschuß), so erkennt man das Verhängnisvolle einer solchen Politik.

Für die süddeutsche weiterverarbeitende Industrie, die sich wegen der für sie günstigen Frachtenlage auf den Bezug von Rohmaterial aus Lothringen und von der Saar von jeher eingerichtet hat, besteht bei einem Zustandekommen des von Paris her angedeuteten Abkommens die Gefahr, daß sie unter Umständen überhaupt nicht genug Eisen erhält, da Rheinland-Westfalen nicht zur Lieferung der nötigen Mengen in der Lage sind und da die Schwerindustrie-Konzerne naturgemäß immer erst ihre eigenen weiterverarbeitenden Unternehmen im Konzern befriedern werden. Im übrigen folgert man aus den Befriederungen, daß in der deutschen Schwerindustrie mit allen Mitteln darauf hingearbeitet wird, auf diese Weise den Weg für die Grundlagen zu bahnen für eine Reihe neuer allgemeiner Verbände (Schienen, Halbzeug, Träger, Stabeisen usw.), deren Aufgabe es gewiß nicht sein würde, in der Preisbildung mäßigend einzugreifen, sondern die alle die hohen angestrebten Zollsätze voll zu ihren Gunsten ausnützen würden.

Wir haben diese Ausführungen der „Frankfurter Ztg.“ entnommen. Für die Arbeiterchaft sind dieselben besonders lehrreich. Die Schwerindustrie sieht ohne Zweifel durch die internationalen Abmachungen auf Kosten der deutschen Volkswirtschaft sich zu bereichern. Bezüglich der Frage der Arbeitszeit haben die Vertreter der Schwerindustrie in der phrasenreichsten Sprechweise in allen geschäftlichen Körperchaften und auch außerhalb derselben die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus gefordert mit der Begründung, daß nur in einem längeren Arbeitstag die Menge der Wirtschaftsgüter erzeugt werden könnten, die zur Ernährung unseres Volkes notwendig sei. Daß dieselben Wirtschaftsvertreter jetzt durch ihre Abmachungen die gesamte deutsche Volkswirtschaft bedrohen, um sich den Beutel zu füllen, läßt diese „Wolfsereiter“ im besonderen Richte erscheinen. Die deutsche Arbeiterchaft erkennt aber hieraus, was auf die Worte jener „Wirtschaftsführer“ zu geben ist.

### Gegen das Internationale Arbeitszeitabkommen.

Der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages hat sich in einer Sitzung vom 10. Dezember gegen die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens ausgesprochen. Nach einem Referat des Herrn Conrad von Borfig nahm der Hauptausschuß folgende Entschließung einstimmig an:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag lehnt eine Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens ab, weil sie dem deutschen Wirtschaftsleben keinerlei Vorteile, sondern nur schwere Schädigungen und Gefahren bringen kann. Das deutsche Volk muß sich die freie Verfügung über die Gestaltung der Arbeitszeit erhalten, damit es jederzeit seine Existenz sicherstellen und den eingegangenen Verpflichtungen gerecht werden kann. Solange dem deutschen Volke die Lasten des Krieges fast allein aufgebürdet sind, kann es sich hinsichtlich der Arbeitszeit nicht der Kontrolle seiner Konkurrenzstaaten ausliefern, sondern muß mit allen Mitteln auf die Steigerung seiner Gütererzeugung bedacht sein.“

Etwas anderes kann man schlechterdings vom deutschen Industrie- und Handelstag nicht erwarten. Dort führen ja jene Reaktionen das Wort, die am liebsten die Zeit der Hörigkeit für die Arbeiterchaft wieder herbeiwünschten, um ihr Ausbeutungsgeschäft noch besser betreiben zu können. Daß der Industrie- und Handelstag in der Frage der Arbeitszeit jede internationale Bindung ablehnt, und zwar mit der Begründung, „daß dem deutschen Volke in dieser Frage die freie Verfügung erhalten werden müsse“, mußt sonderbar an, und zwar deshalb, weil gerade gegenwärtig die deutsche Schwerindustrie bei der Arbeit ist, für die Stahl- und Eisenwirtschaft internationale Bindungen herbeizuführen, natürlich, um auf Kosten der breiten Volksmassen ein fettes Geschäft zu machen. Bei Eingehung von Bindungen dieser Art hat der Industrie- und Handelstag keine Bedenken, daß das deutsche Volk die freie Verfügung verliere. Dies alles läßt erkennen, daß die Gründe des Industrie- und Handelstages gegen das Arbeitszeitabkommen nicht stichhaltig sind. Hinter ihnen verbirgt sich nur das Profitstreben jener Kreise, die auf Kosten der Volkswirtschaft erhöhte Profite einladen wollen.

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im November 1924.

Stichtag für die Arbeitslosenzählung: 29. November.  
Stichwoche für die Kurzarbeiterzählung: 24.—29. November.  
Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie hat sich, gemessen an dem Ergebnis der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung im November, gegenüber Oktober wiederum verbessert.  
Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den letzten zwei Monaten: Von den berichtenden Verbandsmitgliedern waren

im Oktober	Arbeitslose Proz.	Kurzarbeiter Proz.	Summen Proz.
20 098	6,4	66 345	86 438
16 503	5,2	49 484	65 986

Die Minderung der kurzarbeitenden Verbandsmitglieder nach der Dauer der Arbeitszeiterkürzung ergab folgendes Bild:

Die wöchentliche Arbeitszeit war in der Stichwoche verkürzt

in Wochen	mit Kurzarbeitenden Mitgliedern	in Proz. der ersten 10 Mitglieder
um 1—8 Stunden	858	6,4
„ 9—16 „	314	4,4
„ 17—24 „	180	3,4
„ 25 u. mehr „	142	1,5
Insgesamt	994	15,7

Den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Gauen unseres Verbandes veranschaulicht nachstehende Tabelle: Es waren vom Hundert der berichtenden Verbandsmitglieder

in Gau	Arbeitslose Nov. Oktober	Kurzarbeiter Nov. Oktober	Summen Nov. Oktober
Hannover	8,6 9,6	10,2 21,6	18,8 31,2
Cassel	4,4 9,0	12,4 10,8	16,8 19,9
Wormen	9,2 10,3	20,0 22,5	29,2 32,8
Stuttgart	1,6 1,7	4,9 8,0	6,5 9,7
Augsburg	6,8 9,3	11,4 34,9	18,2 44,1
Gera	3,7 5,4	2,2 6,1	5,8 11,5
Dresden	5,2 6,3	15,2 19,9	20,4 26,2
Liegnitz	3,4 4,0	17,9 22,1	21,3 26,1
Berlin	3,9 4,1	33,2 32,1	37,1 36,2
Verband insges.	5,2 6,4	15,7 21,0	21,0 27,4

Der Gau Berlin, der sich hauptsächlich über die Provinz Brandenburg und die Lausitz erstreckt, hat somit noch am meisten unter der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit zu leiden (allein in Forst i. S. waren von 7804 gemeldeten Mitgliedern, 192 Arbeitslose und 6428 Kurzarbeiter).

Es folgen die Gauen Wormen, Liegnitz, Dresden, Hannover, Augsburg und Cassel. Am besten beschäftigt sind die Gauen Gera (Thüringen) und Stuttgart (Württemberg, Baden).

Im allgemeinen betrachtet, kann man zwar nach vorliegendem Ergebnis immer noch nicht von einem normalen Geschäftsgang sprechen. Wirft man jedoch einen Blick zurück in die Oktober- und Novembertage des Vorjahres, wo fast 75 Proz. unserer Mitglieder keine volle Beschäftigung hatten und auch durch das Weihnachtsgeschäft infolge der mäßigen Währungsverhältnisse keine wesentliche Besserung eintrat, so kann man doch sagen, daß die eingeschlagenen Wege der republikanischen Parteien, die dahin zielen, unsere Wirtschaft neu zu beleben, Erfolge gezeitigt haben. Die eingetretene Besserung im letzten Monat ist zum großen Teil auf das infolge der stabilen Währungsverhältnisse ziemlich flotte Weihnachtsgeschäft zurückzuführen.

Wie sich allerdings in Zukunft unser Wirtschaftsleben gestalten wird, kann man heute, nach erfolgter Neuwahl des Reichstages und der noch ungeklärten Frage der Regierungsbildung, nicht sagen. R. Br.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Hannover.** Wie lange noch? In der Peripherie Hannovers liegt ein Riesenbetrieb der Textilindustrie: die Döhrener Wollwäscherei und -Kämmerei. Umgeben von den herrlichsten Wäldern und Gärten, welche den Besitzern des Werkes gehören, macht das Ganze einen guten Eindruck. Aber nur zu schnell wechelt das Bild, und zwar, wenn man an die Gegend der Wohnungen der Arbeiterchaft dieses Betriebes kommt. Der Volksmund hat diesen Teil „den Jammer“ getauft und hat damit wohl das Richtige getroffen. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterchaft sind in jeder Beziehung unzureichend und spotten jeder Beschreibung. Die Arbeiterchaft muß sich aber damit abfinden, weil der Lohn, den sie für ihre Arbeit bekommt, nicht unter den für diese Arbeit üblichen steht. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß dieses Werk sich mit einer Geschwindigkeit entwickelt, wie man es selten erlebt. Daß die Firma dabei den nicht schmeichelhaften Ruhm erlommen hat, die niedrigsten Löhne von ganz Hannover zu zahlen, läßt sie aufscheinen nicht. Kinder von 14 Jahren quälen sich mit ihren schwachen und müden Gliedern die ganze Woche für 5,40—6 Mk. Bruttoverdienst, Frauen und Mütter für den doppelten Preis und Familienväter erhalten einen Kinderlohn mehr als die Frauen. So schaffen etwa 2400 Arbeiter und Arbeiterinnen für den Wohlstand dieser Aktionäre. Es ist ein Eldorado der Not und des Elends. „Wie ist dies möglich?“ wird der unbefangene Leser fragen, daß in solcher Lage und Umgebung die Arbeiterchaft auf einer solchen Insel des Elends und des Jammers festgehalten werden kann. Es ist dies nur dadurch möglich, weil die Arbeiterchaft unorganisiert ist, und es dadurch dem Unternehmer leicht gemacht hat, sie mit einem Lohn abzufinden, der weit unter dem steht, was die hiesige Arbeiterchaft im allgemeinen erhält. Wenn die Arbeiterchaft dieses Betriebes einsehen möchte, daß sie sich nur durch die Organisation ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen kann, dann wären längst bessere Löhne und Arbeitsbedingungen schließlich auch in diesem Betriebe zu erreichen gewesen. Veröffentlichungen über die Goldstellenabfindung zeigen, daß die Möglichkeit, viel höhere Löhne zu zahlen, gegeben ist. Den Aktionären werden ihre Aktien von 1500 Papiermark auf 1000 Goldmark aufgewertet. Dies ist ein Vorgang, der einzig in der Textilindustrie dasteht. Beachtlich ist dabei aber noch, daß die Arbeiterchaft dem Werk Sparguthaben in der Höhe von 349 775 Goldmark zugeführt hat. Diese Sparguthaben werden jedoch nicht aufgewertet und die Arbeiterchaft soll auf das zukünftige Aufwertungsgeheß warten. Damit ist für die Firma die Sache abgetan. Dieses Vorgehen beleuchtet so recht die aus dem Unternehmen in allen Tonarten gepriesene Fürsorge für die Arbeiterchaft. 500 000 Mark stiftet die Firma dem Wohlfahrtsfonds, um sich einen goldenen Namen im Buche der „Menschenliebe“ zu machen, der ihr nichts kostet. An den Horizont wird ein Geschenk gehängt, das niemals zu erreichen ist.

Wie lange will sich die Arbeiterchaft eine solche Behandlung noch gefallen lassen. Sollten diese Tatsachen ihnen nicht die Schuppen von den Augen lösen. Können und wollen sie nicht einsehen, daß auf den guten Willen der Arbeitgeber nicht zu rechnen ist. Auch hier ist und bleibt das Wort wahr: ein jeder bekommt den Lohn und wird ihm die Behandlung zuteil, die er verdient. Wir können dieser Arbeiterchaft nur zurufen: Es gibt nur einen Weg zur Befreiung aus dieser Knechtschaft, und das ist die Organisation, der Deutsche Textilarbeiter-Verband. Findet die Arbeiterchaft den Weg zur Organisation, dann ist auch die Möglichkeit dafür gegeben, daß sie besser entlohnt wird und daß damit das Elend, in dem sie sich befindet, so weit beseitigt wird, wie dies im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse möglich ist. Das Gerede, wenn alle organisiert sind, dann organisiere ich mich auch, muß ein Ende nehmen. Einer nur kann den Anfang machen, nicht alle zugleich. Mit dem ersten Stein fängt man an, das Haus zu bauen und baut, bis es fertig ist. Wir wollen hoffen, daß die Arbeiterchaft dieses Betriebes aus den gegenwärtigen Verhältnissen die Lehre zieht, daß sie nur durch ihre Selbsthilfe die Verhältnisse bessern kann. Mit gemeinen Kräften nach dem gleichen Ziele zu streben, ist die Pflicht aller. Nur dadurch werden sie zum Ziel kommen. Im anderen Fall werden sie zugrunde gehen müssen.

**Landberg a. W.** Wegen öffentlicher Beleidigung bestraft wurde am Montag vom Landberger Schöffengericht der ehemalige blutdürstigste Kommunist Otto Schröder, der vor Monaten seine Gesinnung wechselte und sich zu den Sakentzulezern flüchtete. Schröder hat in jeder Versammlung mit nicht zu überbietender Frechheit die ehrenrührigsten Verleumdungen ausgestreut. Der Sekretär des Textilarbeiterverbandes, Genosse Korn, gab dem Schröder nun einmal Gelegenheit, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen. Und wie es immer der Fall ist, konnte Schröder keinen Beweis erbringen. Er machte eine recht bemerkenswerte Figur, die sich so ganz anders anschaut, als er sie in seinen Glanzzeiten als

unentwegter Moskowiter abgab. Das Gericht ließ noch Milde walten und verhängte nur eine Strafe von 60 Mk. eventuell 3 Tage Gefängnis. Dieses Urteil ist hoffentlich eine Warnung für diejenigen, die heute noch als gewissenlose Schwärzer über verchiedene Führer unserer Bewegung herfallen. Einmal kommt der Tag, wo auch sie Rede und Antwort stehen müssen, und dann dürfen sie sich nicht beklagen, wenn auch sie „ein Opfer der Justiz“ werden.

**Böhen.** Wieder ein kommunistisches Lügen-gewebe zerrissen. Bekanntlich haben Kommunisten in diesem Frühjahr unser Filialbureau in Böhen ausgeplündert und unseren damaligen Geschäftsführer, Kollegen Karl Steyer, in der gemeinsten Weise beschimpft und behandelt, als der Geldschrank zu gut verschlossen war und der Transport ihnen zu schwer fiel.

Su der kommunistischen „Neuen Zeitung“ (Schrieben sie, daß anlässlich des wilden Streiks im April, den die Kommunisten ohne Mittel führen wollten, Steyer mit der ganzen Verbandsstaffe durchgegangen sei. Als der Kollege Steyer einen dieser Verbandsmitglieder belanagte, da klappte dieser heldenhafte Kämpfer zusammen, da er einen Beweis für diese Verleumdung nicht antreten konnte.

In der Nummer 284 vom 3. Dezember 1924 der „Böhen-Zeitung“ hat nun der damalige Streikleiter, Kommunist Herzog, nachstehende Erklärung gebracht:

Öffentliche Sitzung des Thüringischen Amtsgerichts.  
Böhen, den 10. November 1924.

Anwesend: Amtsgerichtsrat Müller als Richter, Sekretär Burkhart als Beamteter der Geschäftsstelle.

In Privatklageverfahren des Geschäftsführers a. D. Karl Steyer in Böhen, vertreten durch den Rechtsanwalt Dreßel dafelbst, gegen den Spinner Hugo Herzog in Böhen, wegen öffentlicher Beleidigung, waren erschienen:

1. für den Privatkläger der Rechtsanwalt Dreßel,
2. der Angeklagte.

Vor Eintritt in die Verhandlung schlossen die Parteien folgenden Vergleich:

1. Der Angeklagte verpflichtet sich: a) in der „Böhen-Zeitung“, und zwar im Abzweigen binner einer Woche nach Rechtskraft dieses Vergleichs folgende Erklärung erscheinen zu lassen:

„In meiner Erklärung vom 17. April 1924 in Nr. 94 der „Böhen-Zeitung“ habe ich den damaligen Geschäftsführer der Ortsgruppe Böhen des Textilarbeiterverbandes, Herrn Karl Steyer, nicht den Vorwurf machen wollen, daß er die Gelder der Geschäftsstelle heimlich fortgeschafft und sich angeeignet hätte. Ich habe mich auch davon überzeugt, daß die Gelder ordnungsgemäß an die zuständige Stelle abgeliefert worden sind.“

- b) die Kosten des Verfahrens zu tragen.
2. Der Privatkläger behält sich ein Widerrufsrecht von 10 Tagen vor und verpflichtet sich, bei Zustandekommen des Vergleichs und nach Erscheinen der Erklärung den Strafantrag zurückzunehmen.

v. g. Müller. g. Burkhart.

Nachdem vorstehender Vergleich rechtskräftig geworden ist, veröffentlichte ich ihn im Namen des Herrn Privatklägers Karl Steyer aus Böhen.

Böhen, den 2. Dezember 1924.

Dreßel, Rechtsanwalt.

Damit hat wieder ein kommunistischer Lügenbau sein Ende gefunden, welcher der dortigen Textilarbeiterchaft sowie dem Aufbau der Filiale schwer geschadet hat.

Hoffentlich zieht sich nun die noch unorganisierte Böhen-Zeitung Arbeiterchaft ihre Lehre daraus, indem sie dieser Gesellschaft die Gefolgschaft verweigert.

Eine Besserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse tut wirklich not! Mit Murren und Schimpfen sowie kommunistischem Phrasenschwafz außerhalb des Betriebes kommt ihr diese Besserung niemals entgegen.

Nur durch eine starke und schlagkräftige Organisation der Textilarbeiter, das ist der Deutsche Textilarbeiterverband, kommt ihr eure Lage wieder verbessern.

Berichtigung: Die Ueberschrift zum Bericht in Nr. 44, Seite 161, ist falsch. Es muß heißen: An die unorganisierte Arbeiterin.

### Literatur.

**Achtstundentags-Propaganda durch Postkarten.** Vor wenigen Tagen erst der Film — nun auch die Bildpostkarte als Propagandamittel für den Achtstundentag! Etwas langsam zwar, aber doch sicher kommen wir auch in der deutschen Arbeiterbewegung dazu, die Mittel zur Förderung unserer Ideen in Anwendung zu bringen, die sich in anderen Ländern und andern Parteikägern längst als wirksam erwiesen haben. Es müßte also sonderbar zu gehen, wenn nicht auch wir damit Erfolge erzielen könnten.

Vor uns liegen zwei Serien Postkarten zu je 4 Stück (Schwarzweiß-Zeichnungen und Scherenschnitte) von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, herausgegeben, künstlerisch einwandfrei und in Zeichnung und Text durchaus geeignet, Augen und Sinne auf die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages hinzuweisen. Denkende Arbeiter sollten sich der Karten bei jeder passenden Gelegenheit bedienen, um Gleichgültige aufzurütteln.

„Leitfaden für Betriebsräte.“ Herausgegeben von der Betriebsräteschule des Gewerkschaftskartells Frankfurt a. M. Preis 50 Pf. Dieser Leitfaden für Betriebsräte ist knapp, einfach, leicht verständlich und lehrreich. Es werden die wichtigsten arbeitsrechtlichen Fragen in praktischer Form klar gemacht, ebenso wird den Betriebsräten an die Hand gegangen, was sie auf Grund des Betriebsrätegesetzes tun dürfen und tun sollen. Wir können den Leitfaden bestens empfehlen.

### Stoffdrucker.

Die Sperre für Berlin ist aufgehoben, weil eine Einigung in der Freizügigkeit und in der Verhlingsfrage stattgefunden hat. Trotzdem muß daran festgehalten werden, daß ein jeder Kollege bei Drismwechsel und Betriebswechsel in jedem Fall zuerst diesbezügliche Erkundigungen bei der zuständigen Verwaltung unserer Organisation einzieht und sich erst dann mit der neuen Firma in Verbindung setzt. Bei jeder Anfrage an unsere Organisation ist die Dauer der Mitgliedschaft und die Beitragshöhe anzugeben.

Die Drisverwaltung Berlin.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 21. Dezember ist der Beitrag für die 51. Woche fällig

Zeugdruckerfreit in Krefeld.

Der Streik der Zeugdrucker ist noch nicht stattgefunden. Nach wie Krefeld und Rheindt dauert unvor ist Juzug von Zeugdruckern verändert weiter. Jrgendwelche nach Krefeld und dem Nieder-Verhandlungen haben bis jetzt kein Streikens fernzuhalten.

### Grafte Handdrucker

zum sofortigen Antritt gesucht.

J. M. Müller's Erben G. m. b. H., Frankenberg i. Sa.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.